

Nispeti 5 Krupur

ABONE

(Posta ücreti dahil olmak üzere)

DANIŞ İÇİN	HARİÇ İÇİN
Aylık	Türk Lirası 1,50 R.M. 4,-
Çeyrek aylık	" 4,25 " 13,-
Altı aylık	" 8,- " 26,-
Bir senelik	" 18,- " 60,-

Yahut mahabül.

Mafiyada 6 defa çıkar.

İdarəhanə

Teknik Cadde No. 588 ve 587
 Telgraf adresi: Türipost.
 Telefon: 44.000.
 Posta Kutusu: İstanbul 1200.

Türkiye İşleri

Preis der Einzelnummer: 5 Krupur

BEZUOPSREİR

	İstanbul	Angaland
1. Moont	7. Ptd. 1,50 R.M. 4,-	
3. Moont	" 4,25 " 13,-	
6. Moont	" 8,- " 26,-	
12. Moont	" 18,- " 60,-	

oder Gegenwert

Ercheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
 Teknik-Cadde No. 588-587.
 Drabantstr. 7 Türipost.
 Fernsprecher: 44.000
 Postfach: İstanbul 1200.

8. Jahrgang Nr 118

Tageszeitung für den Nahen Osten

Istanbul, Montag, 23. Mai 1933

Der Reichskanzler heute in Kiel

Kiel, 21. Mai.
 Die Stadt Kiel erwartet für morgen den Besuch des Reichskanzlers und mehrerer Mitglieder der Reichsregierung. Fast alle Fahrzeuge der kleinen deutschen Reichsmarine liegen im Kieler Hafen. Auch der neue Panzerkreuzer „Deutschland“ ist zum erstenmal seit seiner Indienststellung wieder im Heimathafen eingelaufen. Es fehlt nur der kleine Kreuzer „Köln“, der sich zurzeit auf einer Auslandsreise in asiatischen Gewässern befindet, und der Kreuzer „Emden“, der zur Grundüberholung in Wilhelmshafen liegt.

Goering aus Rom zurück

Berlin, 21. Mai.
 Heute abend um 19.30 Uhr traf Reichsminister und preussischer Ministerpräsident Goering aus München auf dem Tempelhofer Flugplatz ein. Goering, der auf seinem Rückflug von Rom in München gelandet war, nahm dort an dem heute veranstalteten großen Münchner Flugtag teil und wurde von der Bevölkerung stürmisch begrüßt. In Begleitung Goerings befand sich der Prinz von Hessen.

Der König von Italien hat Goering das Großkreuz des St. Mauritius-Ordens verliehen

Rom, 21. Mai.
 Wie aus Rom gemeldet wird, dürfte nach den Besprechungen der italienischen Regierung mit Goering und den Botschaftern von England und Frankreich mit der Unterzeichnung des Viermächtepaktes in der nächsten Zeit gerechnet werden können, wenn gleich die weiteren Verhandlungen und die Entscheidungen vollständig bei den beteiligten Regierungen liegen.

Dr. Schachts Londoner Besprechungen

Berlin, 21. Mai.
 Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist heute aus London in Berlin eingetroffen. Die Tatsache, daß der Reichsbankpräsident seine Rückreise von Amerika in London unterbrochen hat, um sich mit dem Guvernör der Bank von England auszusprechen, wurde in der englischen Presse mit großer Befriedigung aufgenommen.

Der „Observer“ schreibt dazu:

Der Besuch des Reichsbankpräsidenten hat wesentlich dazu beigetragen, die Atmosphäre zu reinigen und das allgemeine Vertrauen zu erhöhen. Man könne annehmen, daß Dr. Schacht die deutschen Forderungen nach Herabsetzung der Zinssätze für die ausländischen Schulden und auf Abänderung der Goldklausel für die Zwangszahlungen der Young-Anleihe in geschickter Weise vorbringen werde. Es bestche Grund zur Annahme, daß das Ergebnis der Unterredung des Reichsbankpräsidenten mit dem Guvernör der Bank von England recht zufriedenstellend gewesen sei.

Jahrestag der Erstürmung des Annabergs

Breslau, 21. Mai.
 Anlässlich der 12-jährigen Wiederkehr des Tages, an dem der Annaberg in Oberschlesien von dem deutschen Selbstschutz erstürmt wurde, versammelten sich heute 15.000 SA-Männer an dieser Stätte zu einer gewaltigen Kundgebung, bei der der damalige Führer Hauptmann Oesterreicher den Plan zur Errichtung eines Ehrenmals entwickelte, das in Gestalt eines großen Turmes errichtet werden soll.

Die Kyffhäuser-Feier

Berlin, 21. Mai.
 Die auf dem Kyffhäuser zusammengekommenen Vertreter aller deutschen Kriegerverbände haben in einem Telegramm an den Reichskanzler ihren Genuß über den Ausdruck gegeben, daß sich der Kyffhäuserbund der Führerschaft Adolf Hitlers unterstellt hat. Als Ergebnis wird in dem Telegramm festgestellt, daß sich 30.000 Kriegervereine mit ganzem Herzen in das neue Deutschland eingegliedert haben.

Zustimmung zu Roosevelts Botschaft

Langsamer Fortgang der Genfer Verhandlungen

Erklärung Dr. Luthers
 Washington, 20. Mai.
 Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. Luther, hatte heute eine Unterredung mit dem amerikanischen Außenminister Hull, bei der Dr. Luther noch einmal das Eingehen Deutschlands auf die Vorschläge Roosevelts darlegte. Dr. Luther betonte dabei, daß die Reichsregierung sowohl bezüglich des Planes Roosevelts als auch des Abrüstungsplanes Macdonalds bereit sei, so weit zu gehen, wie die anderen Großmächte und nach Kräften an einem Erfolg der Konferenz mitarbeiten werde.

Kalinin an Roosevelt

Moskau, 21. Mai (A.A. nach Tass)
 Kalinin übermittelte dem Präsidenten Roosevelt folgende Antwort auf seine Botschaft:
 Ich habe Ihre Botschaft zugunsten der Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen Weltfriedens erhalten und kann Ihnen versichern, daß die Sowjetregierung bei den Völkern der Sowjetunion eine herzliche Aufnahme finden wird. Die Sowjetregierung hat im Laufe von zehn Jahren unermüdetlich bei den internationalen Tagungen, an denen sie teilnahm, die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer allgemeinen Abrüstung als unerlässlicher Voraussetzung für die Sicherung des Weltfriedens gezeigt und damit den Willen der Völker Russlands zum Ausdruck gebracht. Die Sowjetregierung hat selbst in Genf bestimmte Vorschläge für die allgemeine Abrüstung gemacht und unterstützt, besonders solche Vorschläge, die die größte Beschränkung der Bewaffnung betreffen. Sie hat ferner die unzulässigen Versuche bekämpft, den Gedanken der Abrüstung in Mißkredit zu bringen und ihn im Interesse der nationalen Politik eines Landes gegen die anderen zu bringen und ihn im Interesse der Regierung Maßnahmen vorgeschlagen und unterstützt, deren Ziel darin bestand, Angriffe aller Art und Versuche gewisser Völker, ihr Gebiet auf Kosten anderer zu erweitern, unmöglich zu machen oder wenigstens erschwerlich zu erschweren.
 Die Sowjetregierung hat Nichtangriffverträge mit den meisten Staaten abgeschlossen, mit denen sie in amtlichen Beziehungen steht. Daher kann die Sowjetregierung Ihren Vorschlag, unter allen Völkern einen Nichtangriffvertrag abzuschließen, nur begrüßen.
 Dasselbe gilt von der Politik der russischen Regierung hinsichtlich des Wirtschaftsfriedens. Die Sowjetregierung hat bekanntlich angedeutet, die wirtschaftlichen Abhängigkeiten der Länder aller Kontinente voneinander in Genf einen wirtschaftlichen Nichtangriffspakt vorgeschlagen. Ebenso wie ein militärischer Angriff berührt auch ein wirtschaftlicher Angriff eines Volkes gegen ein anderes die Interessen

Säuberungsaktionen im Reich

Berlin, 20. Mai (A.A. nach WTB.)
 Die politische Polizei beschlagnahmte in Berlin eine ungeschorene Menge ungesetzlicher kommunistischer Blätter, Broschüren und Flugblätter. Das Gesamtgewicht der beschlagnahmten Schriften wird auf 5.000 Doppelzentner geschätzt. Eine gewisse Anzahl Schriften, die als geschichtliche Urkunden betrachtet werden können, werden in den Universitätsbibliotheken aufbewahrt werden. Der größte Teil wird jedoch eingestampft.

Amerikas Notprogramm

Washington, 21. Mai.
 Das „Notprogramm“ des amerikanischen Staatspräsidenten geht nun seiner Vollendung entgegen. Damit nähert sich auch in absehbarer Zeit das Ende der Sondertagung des amerikanischen Kongresses.
 Vor der Verabschiedung stehen noch: Armenfürsorge, Arbeitsbeschaffungsprogramm und Planwirtschaftsprogramm für alle Industriezweige.
 Zur Lösung des Veteranenproblems empfing Roosevelt die Veteranenvertreter, und es gelang dem amerikanischen Präsidenten, diese schwierige Frage durch die Entscheidung zu bringen, daß der Kriegsteilnehmer bewog, in den freiwilligen Arbeitsdienst einzutreten.
 In der Kriegsschuldenfrage rechnet man in unterrichteten amerikanischen Kreisen nicht damit, daß Roosevelt die Initiative ergreifen wird, sondern man erwartet die Ueberrichtung eines englischen Revisionsvorschlages, den dem amerikanischen Parlament zur Stellungnahme unterbreitet werden kann. Wie verlautet, rechnet Roosevelt damit, daß ein erheblicher Teil der fällig werdenden Schuldenraten der Alliierten tatsächlich bezahlt werden wird.

Serben und Kroaten

Agram, 21. Mai (A.A. nach Stefani)
 Die Polizei verhaftete zahlreiche kroatische Studenten, die der Propaganda gegen die serbische Herrschaft bezichtigt wurden.
 Der Hauptausschuß der kroatischen Bauern im Ausland hat den amerikanischen Präsidenten Roosevelt in einem Schreiben um ein Einschreiten der Mächte gegen die Unterdrückung der Kroaten durch die Serben, nicht nur der betreffenden beiden Länder, sondern auch die aller anderen Völker und trägt zur Verschlimmerung des wirtschaftlichen Chaos bei. Die Sowjetregierung hat die Absicht, auch in Zukunft ihre Bemühungen im Geiste dieser Politik fortzusetzen. Sie arbeitet gern mit den beteiligten Regierungen sowohl auf der Abrüstungstagung als auch auf der Londoner Weltwirtschaftstagung zwecks Durchführung einer solchen Politik zusammen.

Zeitungsverbot in Danzig

Danzig, 21. Mai (A.A. nach Pat)
 Der Senat verbot die größte Danziger Zeitung, die „Danziger Neuesten Nachrichten“ auf die Dauer von vier Wochen.
 Die bayerische Staatsregierung hat heute nach vorhergegangenen scharfen Warnungen in München eine große Aktion gegen preistreibende Lebensmittelgeschäfte durchgeführt. Dabei wurden 200 Personen verhaftet, darunter 100 Frauen.
 Die betroffenen Geschäfte wurden geschlossen und mit Plakaten versehen: Geschäft wegen Preistreibens geschlossen, Geschäftsinhaber in Dachau in Schutzhaft.
 Das Reichsgericht in Leipzig verurteilte heute ein Ehepaar und einen 21-jährigen Matrosen wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu schweren Zuchthausstrafen.

Die Haushaltsberatung in Ankara

Landwirtschafts- und Heeresministerium
 Ankara, 21. Mai (Tel.)
 Die G.N.V. setzte heute die Beratung des Staatshaushalts fort.
 Bei der Beratung des Haushalts des Landwirtschaftsministeriums gab der Landwirtschaftsminister Mühlisbey Erklärungen über die allgemeinen Arbeitsverhältnisse seines Amtes. Er gab zu, daß man mit dem gegenwärtigen Beamtenstab und Aufsichtspersonal für die Forstwirtschaft die ausgedehnten Waldgebiete der Türkei, die auf rund 8 Millionen Hektar geschätzt würden, nicht annähernd einwandfrei verwalten könne.
 Hinsichtlich der ausländischen Sachverständigen, die man hauptsächlich für die Landwirtschaftliche und die Tierärztliche Hochschule verpflichtet habe, sagte der Minister, daß die mit diesen Sachverständigen abgeschlossenen Dienstverträge sich auf längere Zeit beziehen. Auf diese Weise habe man versucht, diesen Hochschulen für längere Zeit eine einheitliche Entwicklungsmöglichkeit zu bieten, so sei auch der Rektor der beiden Hochschulen in Ankara, der frühere Rektor der Leipziger Universität, mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet worden.
 Nach diesen Erklärungen des Ministers wurde der Haushalt des Landwirtschaftsministeriums mit 4.487.611 Türkpfund angenommen.

Der Eindruck der Hitlerrede in Athen

Athen, 21. Mai.
 (Eigener Dienst der T. P.)
 Der Eindruck, den Hitlers Rede in Griechenland gemacht hat, war durchaus freundlich. Obgleich die Athener Presse mit den Vorgängen in der Kammer und der Anklage gegen Venizelos wegen Hochverrats beschäftigt ist, ein Vorgang, der ganz Griechenland in Atem hält, fand man doch noch Zeit und Muße, sich in Kommentaren mit den für ganz Europa und auch für Griechenland wichtigen Erklärungen zu beschäftigen, von denen man eine Festigung des europäischen Friedens erhofft.

Keine Englandreise Furugi Chans

Moskau, 21. Mai (A.A.)
 Der ägyptische Ministerpräsident Sidki Pascha ist in Marseille eingetroffen. Der Ministerpräsident befindet sich auf einer Privatreise.
 Das hiesige persische Generalkonsulat bittet uns, unseren Lesern mitzuteilen, daß die in verschiedenen ausländischen und einigen hiesigen Zeitungen erschienene Nachricht von einer bevorstehenden Reise des persischen Außenministers Furugi Chan nach London zum Zwecke des Abschlusses eines Vertrages mit der englischen Regierung nach einer amtlichen Teheraner Meldung völlig unzutreffend ist.

Sidki Pascha in Marseille

Marseille, 20. Mai (A.A.)
 Der ägyptische Ministerpräsident Sidki Pascha ist in Marseille eingetroffen. Der Ministerpräsident befindet sich auf einer Privatreise.

Die Japaner vor den Toren Pekings

Tokio, 21. Mai.
 Der japanische Generalstab meldet, daß die japanischen Truppen bereits 18 km vor der Hauptstadt Peking stehen.
 Nunmehr scheint das amtliche Japan mit der Besetzung Pekings im Laufe des morgigen Tages zu rechnen.
 Bomben auf Tientsin
 Shanghai, 20. Mai (A.A.)
 Auf den Bahnhof von Tientsin wurde eine Bombe abgeworfen, die großen Schaden anrichtete und einen Brand hervorrief. Auf dem Bahnhof befanden sich Soldaten und Flüchtlinge.
 Moskauer Stimmen
 Moskau, 21. Mai.
 Wenn Japan die bejagte Eroberung des Gebietes Tschahar durchführt, so würde es sich eine weitere chinesische Provinz aneignen, denn da Tschahar einen Teil der unter chinesischer Herrschaft stehenden Inneren Mongolei bildet, so kann diese Landschaft als eine Provinz Chinas bezeichnet werden.
 Die „Pravda“ veröffentlicht zu dieser japanischen Operation eine neue Betrachtung ihres militärischen Mitarbeiters, der bereits vor einigen Tagen sich über die japanischen Pläne in der Mongolei geäußert hat. Er hebt in seiner Betrachtung vor allem hervor, daß Tschahar das Zentralgebiet der Inneren Mongolei bildet. Eine Macht, die sich in diesem Gebiet festsetzt, kann sowohl gegen die Äußere Mongolei leicht vorstoßen, wie auch in südlicher Richtung gegen China. Die Eroberung der Provinz Tschahar würde also Japan eine ganz außerordentlich günstige Operationsbasis geben und es läßt sich noch gar nicht absehen, zu welchen weiteren Plänen die japanische Heeresleitung eine solche Basis ausnutzen würde.
 In dem Artikel werden japanische Pressestimmen zitiert, nach welchen jede Verkleinerung der Lage in der Provinz Tschahar unaußersichtlich eine Rückwirkung auf die Äußerer Mongolei haben müßte. Der Verfasser des Artikels begrüßt sich mit der Wiedergabe dieser Pressestimmen, ohne in irgend einer Weise daran zu erinnern, daß Moskau an einer Rückwirkung der innermongolischen Vorgänge auf die Äußere Mongolei sehr interessiert ist, da ja dieses Land zur Einflusszone der Sowjetunion gerechnet wird.

Moskaus ostasiatische Sorgen

Moskau, Mitte Mai
 Mit einem täglich steigenden Unbehagen beobachten die maßgebenden Kreise des Kreml die Entwicklung in Ostasien. Als seinerzeit die japanischen Truppen nach der Durchdringung der Mandschurei die große Schwelung nach Süden vollzogen und den Angriff gegen China aufnahmen, da atmete man in Moskau auf. Schien es doch, als ob die Japaner, die der sibirischen Sowjetgrenze schon bedenklich nahe gekommen waren und auf der für die Sowjetunion so wichtigen Ostchinesischen Bahn zu schalten und zu walten begonnen hatten, nun für längere Zeit abgelenkt sein würden. Es ist aber anders gekommen. Ein in stürmischem Tempo geführter Siegeszug hat die Japaner weit nach China hineingeführt, doch dieser Krieg hat sie keineswegs ihre Interessen in der Nordmandschurei vergessen lassen. Moskau bekommt das jetzt zu fühlen.

Da ist erstens die so plötzlich aufgeworfene Streitfrage wegen des rollenden Materials der Ostchinesischen Bahn. Die Mandschurei-Regierung, die kaum ihre ersten Schritte in die Weltgeschichte getan hat, fordert und droht. Die Sowjetregierung soll Wagen und Lokomotiven herausgeben, die sie aus dem Bahngelände auf ihr Territorium hätte bringen lassen. Vergeblich weist man von russischer Seite darauf hin, daß hier von einer Verschleppung des Materials keine Rede sein kann, daß vielmehr die an der Verwaltung der Bahn beteiligte Sowjetregierung das Wagenmaterial im Transitverkehr zeitweilig auch nach Sibirien hat rollen lassen. Von mandschurischer Seite wird man deutlich und stoppt den Verkehr durch Aufreißen der Schienen bei Mandschulien an der Sowjetgrenze. Das hätten die Chinesen 1929 bei ihrem Konflikt mit der Sowjetunion wagen sollen! Die zur Verteidigung der Sowjetinteressen in Ostasien gebildete besondere Armee des Fernen Ostens wäre sofort vorgestoßen. Jetzt aber ist von ihr und ihren Aufgaben überhaupt nicht die Rede. Ein leicht zu lösendes Rätsel; nur scheinbar droht und fordert die Mandschurei, tatsächlich ist es Japan, das diesen Staat geschaffen hat und ihn dirigiert. Das gibt der Sache ein ganz anderes Gesicht. Moskau läßt nicht das leiseste Säbelraseln vernehmen und wählt die „ernste und ruhige“ Sprache der Noten. Eine Note dieser Art ist an Japan abgegangen. In welcher Tonart wird die Antwort erfolgen?

Während die Bahnfrage noch ungelöst ist, hat der Vormarsch japanischer Truppen in den äußersten Norden der Mandschurei eine neue Sorge für Moskau geschaffen. Bis Sachalin an der Sowjetgrenze stoßen die Japaner vor. Es läßt sich von Moskau aus noch nicht erkennen, was geplant ist und gerade diese Ungewißheit ruft Nervosität hervor.
 Es geht um das Ansehen der Sowjetunion in Ostasien, das ihre energische Haltung im Konflikt mit China seinerzeit sehr wesentlich gestärkt hat. Was damals errungen wurde, kann jetzt wieder in die Brüche gehen, wenn in der Frage der Ostchinesischen Bahn kein einer Großmacht würdiger Ausweg gefunden wird. In dieser Lage taucht nun die Frage auf, ob nicht ein Verkauf des Anteils an der Ostchinesischen Bahn an die Mandschurei und somit in Wirklichkeit an Japan die vorteilhafteste Lösung ergeben würde. In Moskau wird erklärt, daß keine Verhandlungen in diesem Sinne geführt werden, was ohne Zweifel zutrifft. Aber ob auch auf jede Fühlungnahme inoffizieller Art ganz verzichtet wird, steht nicht so fest. Die Dinge in Ostasien spitzen sich immer mehr zu. Die Sicherheit der Ostchinesischen Bahn gegenüber einem japanischen Zugriff ist nicht gewährleistet und im Moskauer Außenkommisariat mag sich doch mancher Politiker fragen, ob nicht ein rechtzeitiger Verkauf des gefährlichen Objekts einem Zustande andauernder Ungewißheit vorzuziehen wäre.

Die japanisch-russischen Beziehungen

Moskau, 21. Mai.
 Mit der zunehmenden Verschärfung der Lage in Ostasien wächst in Moskau nicht nur das besorgte Interesse für die weitere Gestaltung der russisch-japanischen Beziehungen, es wird auch der Einstellung der maßgebenden Großmächte zum ostasiatischen Problem immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Hierbei kommen die beiden großen angehänglichen Mächte in erster Linie in Frage.
 In Moskau ist man der Ansicht, daß Amerika zwar vor allem in einem Gegensatz zu Japan steht, daß aber auch zwischen Washington und London des ostasiatischen Marktes wegen ein immer deutlicher werdender Gegensatz besteht. In einer Betrachtung der „Pravda“ zu dieser Frage heißt es:
 Die japanfreundliche Politik des britischen Imperialismus in Ostasien erklärt sich durch das große materielle Interesse der englischen „Bourgeoisie“ in China, wie auch durch die Furcht vor Amerika. Der englische Handel in China sinkt in den letzten Jahren. Die sehr unverbildete und geradlinige Taktik der japanischen Imperialisten in China entspricht zwar durchaus nicht immer den Interessen der britischen Imperialisten. Aber der wirklich ernst zu nehmende Hauptfeind Englands bleibt doch immer der Rivale jenseits des Ozeans. Diese Gegensatz nutzt nun der japanische Imperialismus aus und wirtschaftet unkontrolliert in China drauf los, wobei er sich zu neuen Bestleistungen in Ostasien rüstet und gleichzeitig zum Kampf gegen Amerika.